

An die  
Mitglieder des  
Rechtsausschusses

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT**

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 27. Juni 2023 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

**„Inflationsausgleich für Berufsbetreuer“.**

**Begründung:**

Nach den uns vorliegenden Zahlen des Justizministeriums Rheinland-Pfalz waren 2021 53.343 Betreuungsverfahren anhängig. 16.806 Personen wurden von selbständigen Betreuern unterstützt. 13.440 Personen erhielten Hilfen über einen Betreuungsverein, 23.097 Betreuungen wurden im Ehrenamt geführt. Die Vergütung von beruflichen Betreuern, mithin Betreuern in den Vereinen wie auch die selbständig Tätigen, ist im Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG) geregelt. Seit 2019 ist deren Vergütung der Fallpauschalen nicht angepasst worden. Erst im Jahr 2024 soll eine Evaluation erfolgen. Eine 2019 zu erwartende Tarifsteigerung bis zur Vorlage der Ergebnisse der Evaluierung bis Ende 2024 wurden in Höhe von insgesamt 2% eingearbeitet, die bereits lange als überschritten gilt. Mit einer Erhöhung der Vergütung per Verordnung des Bundes könne nach jetzigem Stand frühestens 2025/2026 gerechnet werden, die wiederum erst ein Jahr später zur Abrechnung kommen könne.

Angesichts der von den beruflichen Betreuern geschilderten angespannten finanziellen Situationen wird eine mögliche Erhöhung der Vergütung als zu spät erachtet und von den Fachverbänden für die beruflich geführte Betreuung ein sofortiger Inflationsausgleich gefordert. Eine ermittelte Kostensteigerung der Berufsbetreuer im Jahr 2022 von durchschnittlich 19,3 % belastete das Betreuungssystem erheblich, so die Fachverbände. Die Betreuungsvereine, die durch Tarifsteigerungen gebunden sind, werden als noch stärker betroffen angesehen. Fachverbände fordern daher, die aktuelle Tarif- und Preisentwicklung umgehend im VBVG aufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung um Berichterstattung gebeten. Von besonderem Interesse sind hierbei auch der mögliche Austausch zu dem Thema im Rahmen der Justizministerkonferenz am 25./26. Mai 2023 und dem Ergebnis der Gespräche der Fachverbände mit dem Justizminister.